

# Keynes und Draghi: News Deal - Enteignung geht voran

03.09.2014

Nun soll auch noch "Nachfragepolitik" retten was nicht mehr zu retten ist. Als Mario Draghi letzten Freitag auf dem Notenbankertreffen in Jackson Hill einen Vortrag über die Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone gehalten hat, forderte er, dass in dieser neben nationaler Strukturreformen auch eine verstärkte Nachfrage des Staates trete. Die Aktienmärkte griffen diese Neuigkeit gerne auf und machten einen Satz nach oben, so auch der Dax.

## Ruf nach Keynes

Die vermeintlich neue Waffe "Nachfragepolitik" ist ein Schlüsselbegriff der keynesianischen Ökonomie, der wir die Gelddruckorgie der Notenbanken zu verdanken haben: Wenn die privaten Haushalte nicht mehr konsumieren (z.B. weil sie nach einer Verschuldungsorgie zur Zwangsentschuldung gezwungen werden), bricht die Wirtschaft zusammen, werden Arbeitsplätze vernichtet und der Konsum schrumpft weiter. Ein Teufelskreislauf beginnt.

Um ihn zu durchbrechen, so die Ansicht Keynes und von Mario Draghi, müsse der Staat als Nachfrager einspringen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Die Schaffung künstlicher Nachfrage kostet jedoch Geld, das die Staaten nicht haben und sich daher weiter verschulden müssen.

Der EZB-Präsident weiß, dass dieser Vorschlag in direktem Gegensatz zur Politik Deutschlands steht. Das zeigt wie ernst die Lage ist. Es besteht die akute Gefahr eines Konjunkturerinbruchs in der Euro-Zone, gegen den man mit allen Mittel vorgehen müsse.

Draghi zeigt sich zwar zuversichtlich, dass die im Juni angekündigten geldpolitischen Maßnahmen der EZB letztlich zu einer Nachfragebelebung führen werden. Sollte das nicht der Fall sein, stehe die EZB bereit, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Aber die geldpolitischen Waffen werden langsam stumpf, da sie kaum bzw. zu wenig Wirkung zeigen. Anscheinend baut Draghi diesem Umstand bereits vor. Deshalb schlägt er neben Steuersenkungen und einer zentralen und besser koordinierten Finanzpolitik in der Euro-Zone, ein großes Investitionsprogramm für die Schaffung von Arbeitsplätzen vor.



*Konservative Sparer werden schon lange geschöpft und erleiden eine Kapitalvernichtung*

## Atombombe als letzter Hoffnungsträger

Doch noch verfügt Mario Draghi über eine letzte Waffe, die geldpolitische Atombombe. Dabei werden von

der EZB direkt marode Staatsanleihen aufgekauft. Dies wäre zwar ein offensichtlicher Verstoß gegen die Richtlinien der Bundesbank, doch sind wir uns sicher, dass diese Waffe zum Einsatz kommt.

Denn in dem gleichen Vortrag in dem Draghi eine "Nachfragepolitik" forderte, machte er klar, die EZB werde "mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" versuchen, die Inflation in der Eurozone anzuheizen.

Der Chef jener Zentralbank, deren einzige Aufgabe es ist, für stabile Preise zu sorgen, will also aktiv den Wert des Geldes verringern.

Mit diesen Maßnahmen und Ankündigungen wird nur eine Wirkung bezweckt: Die künstliche Lebensverlängerung vieler bereits dem Tod geweihter Euro-Mitglieder, die sich dadurch wie Italien und Griechenland weiter billig Geld leihen können. Zudem sollen dadurch reformunfähige Euro-Schwergewichte wie Frankreich davor bewahrt werden, den Euro verlassen zu müssen.

Denn das wäre das endgültige Ende der Gemeinschaftswährung. Oder zumindest das Ende des Euro, wie wir ihn kennen. Eine gemeinsame Nachfolgewährung halbwegs finanzstabi-ler Staaten ist vorstellbar.

Offensichtlich ist das der Plan der EZB: Die Inflation soll ordentlich ansteigen, während die Zinsen noch weiter sinken. Damit können die Regierungen Konjunkturprogramme finanzieren. Die abermals neuen Schulden sollen durch Steuererhöhungen, wenn die Wirtschaft wieder floriert, abgetragen werden. Das ganze erinnert an das berühmte Pfeifen im Walde.

Um dieses Schurkenstück zu realisieren, wird die EZB - wie oben beschrieben - Staatsanleihen ankaufen. Damit würde die Zentralbank direkt Staaten finanzieren, was sie laut ihrer Satzung nicht darf. Die EZB bricht damit Recht.

### **New Deal zwischen Deutschland und Frankreich?**

Doch noch ist es nicht soweit. Offenbar versuchen Deutschland und Frankreich sich gegenseitig Unterstützung zukommen zu lassen, um die Situation zu retten. Wie es scheint, gibt es zwischen Frankreich und Deutschland einen neuen Deal. Holland akzeptiert murrend die Sparpolitik Deutschlands. Vor allem müssen die Lohnstückkosten in Frankreich sinken. Das heißt, die französischen Löhne müssen sinken, damit französische Waren konkurrenzfähig werden.

Diese Waren stehen im Wettbewerb z.B. mit deutschen Produkten. Deutschland kann Frankreich helfen, konkurrenzfähiger zu werden. Dazu muss die Arbeit in Deutschland teurer werden. Um das zu erreichen, muss man nur die Löhne erhöhen, sowie den Mindestlohn und die Rente mit 63 einführen. Sie wundern sich, dass ausgerechnet die Deutsche Bundesbank für eine Lohnerhöhung in Deutschland plädiert? Die Senkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit soll Frankreich offenbar bei der Neustrukturierung seiner Wirtschaft unterstützen.

Dieses Abkommen war den Linken in Hollandes Regierung jedoch zu viel und sie lehnen eine harte Sparpolitik klar ab. Präsident Hollande blieb damit nichts anderes übrig, als seinen Premierminister Manuel Valls mit der Bildung einer Regierung zu beauftragen, die den Deal mit Deutschland unterstützt.

Deutschland machte Frankreich den Gefallen und baute Druck auf die neue Regierung auf. Führende Ökonomen in Deutschland haben den französischen Staatspräsidenten François Hollande nach dem Rücktritt der Regierung in Paris scharf kritisiert. "Frankreichs Regierung hat noch immer nicht den Ernst der eigenen wirtschaftlichen Lage erkannt. Sie weigert sich hartnäckig die eigenen Schwächen einzugestehen und sucht den Sündenbock lieber im Ausland", sagte der Präsident des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, Handelsblatt Online.

Die Verantwortung für die tiefe Wirtschaftskrise in Frankreich liege jedoch nicht in Berlin, Brüssel oder Frankfurt, sondern in Paris. Aus Fratzschers Sicht unterliegt die französische Regierung zwei großen Illusionen. "Eine expansivere Fiskalpolitik, wie von Frankreich gefordert, kann nur dann wirksam sein, wenn sie von Strukturreformen begleitet wird - vor allem der Sozialsysteme und des Arbeitsmarkts", erläuterte der DIW-Chef.

Frankreichs Regierung habe aber bisher viel zu wenig getan, um die Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt zu reformieren. Das Land rangiere und den Schlusslichtern in Europa was den Reformwillen angeht. "Die zweite Illusion der französischen Regierung liegt in ihrem Glauben, mehr Staatsinterventionen könnten die Krise bewältigen", so Fratzscher weiter. Nur durch Strukturreformen und eine gleichzeitige Stärkung von

Unternehmen und Märkten werde Frankreich aus der Krise kommen können.

Der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer, reagierte ebenfalls mit Unverständnis auf die politische Krise in Paris. "Frankreich steht wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand, trotzdem ist der Widerstand gegen Reformen so groß, dass Frankreich sein Kabinett erneut umbaut", sagte Krämer. Krämer warf Hollande einen unklaren Reformkurs vor. "Er geht immer dreiviertel Schritte vor, und einen halben zurück."

So habe er es grundsätzlich ermöglicht, dass Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Tarifverträgen abweichen können. Aber dazu bräuchten sie das Einverständnis der Gewerkschaften, die in Frankreich anders als in Deutschland aber ziemlich kompromisslos sind. "Aber ohne durchschlagende Reformen wird Frankreich weiter zurückfallen und stagnieren."

Krämer sieht auch Auswirkungen auf die Euro-Zone insgesamt. "Es sind vor allem die reformresistenten Länder Frankreich und Italien, die verhindern, dass es mit der Euroraum-Wirtschaft deutlich nach oben geht", sagte er. Die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs und Italiens setze zudem die Europäische Zentralbank (EZB) unter Druck, auf breiter Front Staatsanleihen zu kaufen. "Das hilft zwar am Ende nicht den Volkswirtschaften, entlastet aber die Finanzminister und die Banken der schwächeren Länder", kritisierte der Commerzbank-Chefökonom.

Wenn sich Frankreich und Deutschland einig werden zu sparen und Frankreich Strukturreformen durchzieht, könnte Draghis Forderung nach einer "Nachfragepolitik" in der Euro-Zone überflüssig werden.

### **Enteignung schreitet voran**

Währenddessen steigen die Schulden vieler Länder bereits heute ungebremst weiter. Und damit die Gefahr einer neuen Banken- und Finanzkrise, die von den Ländern nicht mehr gestemmt werden könnte. Seit 2008, also seit dem Ausbruch der Finanzkrise, hat sich die Verschuldung um mehr als 40% erhöht. In einigen Staaten ist die Belastungsgrenze längst erreicht. Es braucht also drastischere Maßnahmen, um die Staatsverschuldung wieder auf ein vernünftiges Niveau zurückzuführen.

Dazu braucht man das Geld der Bürger. Wie von uns mehrfach erwähnt, hat der Internationale Währungsfonds (IWF) zum Beispiel im Herbst 2013 eine einmalige Schuldensteuer von 10% auf alle Vermögen (Sparvermögen, Wertpapiere und Immobilien) ins Gespräch gebracht, deren Ziel es wäre, die Schuldensituation in Europa auf das Vorkrisenniveau von 2007 zu senken.

Andere Ideen gehen noch weiter und empfehlen die direkte Enteignung privater Vermögen. Um die Gesamtverschuldung der Euro-Länder, also Staat, Unternehmen und Haushalte auf 180% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu verringern, müssten rund ein Drittel aller Guthaben konfisziert werden. So eine aktuelle Studie der Wissenschaftler Rogoff und Reinhart.

Bei der drastischen Variante würden reiche Länder wie Deutschland oder Frankreich mehr bezahlen, als sie zur Reduktion der eigenen Verschuldung bräuchten. Würde sich jedes Land um sich selbst kümmern, wäre die Belastung für die Bürger natürlich sehr unterschiedlich.

Deutschland bräuchte, um die Gesamtverschuldung auf 180% zu drücken, "nur" eine einmalige Vermögensabgabe von elf Prozent, Spanien dagegen von 56%. Irland wäre dazu gar nicht in der Lage - da das Nettovermögen der Bürger geringer ist als die Summe, die zur Schuldenreduktion nötig wäre.

Schon heute werden global auf verschiedenen Ebenen die Weichen dafür gestellt, zukünftig uns Bürger direkt in die Pflicht zu nehmen, wenn es gilt, das Finanzsystem abermals zu retten.

Und einiges ist sogar längst vorbereitet. So verfügen alle Staatsanleihen der Euro-Länder inzwischen über eine Enteignungsklausel. Bonds, die seit Januar 2013 emittiert werden, haben in ihren Bedingungen die s. g. Collective Action Clause, also eine kollektive Handlungsklausel, die es ermöglicht, dass die Bedingungen nachträglich geändert werden können, wenn 75% der Investoren zustimmen. Die Änderungen sind dann für alle Gläubiger bindend.

Der jeweilige Staat kann dadurch etwa die Zinszahlungen einstellen oder auch einen Schuldenschnitt aufzwingen. Auch wenn Sie selbst keine Staatsanleihen besitzen, werden die meisten Bürger über ihre Lebensversicherung, Rentenversicherung, Sparvertrag usw. davon betroffen sein, denn die Anbieter sind sogar gesetzlich verpflichtet die Gelder ihrer Kunden in Staatsanleihen zu investieren. Festverzinsliche Wertpapiere, zu denen die Staatsanleihen gehören, machten 2013 rund 90% der 769 Milliarden Euro Kapitalanlagen deutscher Lebensversicherer aus.

Dass die Schamgrenze der Regierungen in Europa immer niedriger wird, zeigt ein aktuelles Beispiel aus

Italien. Hier werden seit Mitte Februar bei allen Auslandsüberweisungen 20% der Summe als Steuervorauszahlung einbehalten. Das beschlagnahmte Geld bekommen die Kunden erst wieder, nachdem sie selbst bewiesen haben, dass es sich nicht um Geldwäsche handelte. Doch damit verstößt Italien klar gegen geltende EU-Gesetze zur Kapitalverkehrsfreiheit.

Für uns sind dies nur Vorboten eines modernen Raubrittertums, das uns auch schon bald hier in Deutschland und in noch viel schärferem und größerem Ausmaß treffen wird. Es gilt mehr denn je: Vermögen sichern wird in den nächsten Jahren wichtiger als Performance um jeden Preis!

© Redaktion

[www.sicheres-vermoegen.de](http://www.sicheres-vermoegen.de)

---

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](http://GoldSeiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/218022--Keynes-und-Draghi--News-Deal--Enteignung-geht-voran.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

---

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).